



CONGRESS REPORT

Entscheidungen und Entscheidungsprozesse der
Legislative der Vereinigten Staaten von Amerika

Jahrgang 27, No.9-10/2012

**abgeschlossen am
31. Oktober 2012**

	<u>Seite</u>
1. Ermordung amerikanischer Diplomaten in Libyen scharf verurteilt	1
2. Überbrückungshaushalt verabschiedet	2
3. Debatte um drastische automatische Budgetkürzungen zum Jahresende	5
4. Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes blockiert	6
5. Republikaner im Repräsentantenhaus kontern Steuer-Fairness-Debatte	7
6. Verlängerung von Zusätzen zum <i>Foreign Intelligence Surveillance Act</i> vom Repräsentantenhaus befürwortet	8
7. Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland stockt	10
8. Umgang mit den nuklearen Ambitionen des Iran weiterhin oben auf der Agenda des Senats	11
9. Ausblick: Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat 2012	13
10. Präsidentschaftswahlen: Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Obama und Romney	16

1. Ermordung amerikanischer Diplomaten in Libyen scharf verurteilt

Im Congress ist die Ermordung von vier amerikanischen Diplomaten am 11. September 2012 in Benghasi, Libyen, darunter Botschafter John Christopher Stevens, scharf verurteilt worden.

Das Repräsentantenhaus verabschiedete am 19. September 2012 eine Resolution (*House Resolution 786*), in der es die Ermordung der Diplomaten in der „am stärksten möglichen Form“ verurteilt und die „tiefe Sorge“ über die Sicherheitssituation auch in Ägypten und Jemen zum Ausdruck bringt.

In Kairo versuchten am 11. September Demonstranten die amerikanische Botschaft zu stürmen. In Sanaa (Jemen) wurde am 13. September die Botschaft der USA von einer gewaltbereiten Menge bedroht. „Unsere Botschaften sind angegriffen worden, ein Botschafter wurde getötet und die Muslimbruderschaft entscheidet über Ägypten“, wetterte vor dem Plenum des Repräsentantenhauses Dan Burton (R-Indiana), der Antworten verlangte.

Der Vorsitzende des House Oversight and Government Reform Committee, der Republikaner Darrell Issa (California), setzte für den 10. Oktober 2012 ein seltenes „recess hearing“ zum Thema „Diplomatic Security in Libya“ an (siehe <http://www.c-spanvideo.org/program/308674-1>) und brachte Vertreter des Außenministeriums dazu einzuräumen, dass zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen in Benghasi nicht getroffen worden waren, obwohl es Hinweise auf eine erhöhte Bedrohungslage gab. Allerdings wurde auf Nachfrage auch klar, dass der massive Granatwerferbeschuss die Verteidigung des amerikanischen Konsulats in Benghasi am 11. September 2012 so oder so äußerst schwierig gemacht hätte.

Im Rahmen der Anhörung kam auch die Mittelausstattung für die Sicherung der diplomatischen Einrichtungen der USA weltweit zur Sprache, für die jährlich 2,3 Mrd. USD aufgewendet werden, verteilt auf 275 Einrichtungen.

Die Republikaner im Repräsentantenhaus hatten in diesem Bereich im Haushaltsjahr 2012 Kürzungen von 100 Mio. USD durchgesetzt, was Vizepräsident Joseph Biden in der Fernsehdebatte mit dem republikanischen Vizepräsidentenskandidaten Paul D. Ryan (R-Wisconsin) dazu nutzte, die Republikaner politisch anzugreifen

Für das Haushaltsjahr 2013 waren von den Republikanern im Repräsentantenhaus tatsächlich weitere Mittelkürzungen im Bereich der Sicherheitsvorkehrungen für amerikanische Auslandsvertretungen in Höhe von bis zu 500 Mio. USD vorgesehen, die nun aber politisch vom Tisch sein dürften. Stattdessen regte der Demokrat Elijah E. Cummings (Maryland) im *Oversight and Government Reform Committee* einen Ergänzungshaushalt für die Sicherung der amerikanischen diplomatischen Vertretungen an, was bei den Republikanern auf Zustimmung stieß.

Sowohl im Repräsentantenhaus als auch im Senat sind darüber hinaus Resolutionen anhängig (*House Resolution 6511* und *Senate Resolution 3551*), die eine lückenlose und zügige Aufklärung der Umstände der Ereignisse in Libyen und Ägypten am 11. September bzw. in Sanaa am 13. September von der Obama-Administration verlangen.

Darüber hinaus gibt es Stimmen, die eine Debatte über die Höhe der amerikanischen Auslandshilfe für Ägypten und andere arabische Staaten der Region verlangen. Am deutlichsten hat sich in diesem Zusammenhang Senator Rand Paul (R-Kentucky) positioniert, der der *Tea Party*-Bewegung nahe steht. Der Republikaner suchte die Zustimmung zum Überbrückungshaushalt (vgl. Punkt 2) mit einer Streichung der Auslandshilfe für Libyen, Ägypten und Pakistan zu verknüpfen (S. 3576), konnte sich aber nicht durchsetzen, weil 49 Demokraten zusammen mit zwei Unabhängigen und 30 Mitgliedern seiner eigenen Fraktion gegen den Vorschlag stimmten. Lediglich neun Republikaner waren bereit ihrem Fraktionskollegen Rand Paul zu folgen und für Begrenzungen der Auslandshilfe für Libyen, Pakistan und Ägypten zu stimmen.

Ägypten erhält im Jahr etwa 2 Mrd. USD an Auslandshilfe und das zweitägige Schweigen des ägyptischen Staatspräsidenten Morsi, der Mitglied der Muslimbruderschaft ist, nach der Ermordung der amerikanischen Diplomaten in Benghasi, löste im Congress Befremden aus.

In diesem Zusammenhang warnte der Republikaner Charles E. Grassley (R-Iowa) im Senat, dass die Hilfe für Ägypten „depends on whether they know their responsibilities to defend our property in Egypt, which is our embassy. They didn't do a very good job of it the first two days (of the September 11, 2012 attacks, die Redaktion)“. Sein Fraktionskollege Jim DeMint (R-South Carolina) sekundierte und stellte einen größeren Zusammenhang her. „I have to tell you that in my contacts with constituents“, so der Senator, „people have been disturbed about foreign aid anyway“.

Allerdings gibt es auch mäßigende Stimmen unter den Republikanern im Congress wie die von *House Majority Leader* Eric Cantor (R-Virginia). „I share the concern that Americans have about the situation in the Middle East“, so Cantor im September 2012, „but I know that one policy we must not pursue is to turn our back on this troubled region. Withdrawing from the region would embolden the extremists, and justify Osama bin Laden's strategy, leaving the moderates who share our values and who desire democracy to combat the forces of violence alone“.

2. Überbrückungshaushalt verabschiedet

Der Congress hat im September 2012 einen Überbrückungshaushalt verabschiedet (*House Joint Resolution 117*), nachdem es ihm bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen war, auch nur eines von insgesamt zwölf erforderlichen Einzelbewilligungsgesetzen für das Haushaltsjahr 2013 zu verabschieden, welches rechnungstechnisch am 1. Oktober 2012 begonnen hat und am 30. September 2013 enden wird (vgl. CR 6-8/2012, S. 4).

Das Repräsentantenhaus hat seine Entscheidung zu Gunsten einer *Continuing Resolution* am 13. September 2012 mit 321: 91 Stimmen getroffen. Während 165 Mitglieder der republikanischen Mehrheitsfraktion zusammen mit 164 Demokraten für den Überbrückungshaushalt stimmten, sprachen sich 70 konservative Republikaner und 21 Mitglieder der demokratischen Minderheitsfraktion im Repräsentantenhaus gegen die Entscheidung aus.

Der Senat hat seine Entscheidung zu Gunsten eines Überbrückungshaushalts nach einer Nachtsitzung am 22. September 2012, also sieben Tage vor Beginn des Haushaltsjahres 2013, mit 62 gegen 30 Stimmen getroffen, wobei 48 von 51 Mitgliedern der demokratischen Mehrheitsfraktion zusammen mit 12 Republikanern und zwei Unabhängigen für das Gesetz stimmten. 29 Republikaner und ein Demokrat, Senator Joe Manchin (West Virginia) sprachen sich gegen die *Continuing Resolution* aus.

Präsident Obama hat der Entscheidung am 28. September 2012 mit seiner Unterschrift Gesetzeskraft verliehen.

Mit dem Überbrückungshaushalt

- wird die Finanzierung der Bundesaktivitäten vorläufig bis zum 27. März 2013, also für sechs Monate fortgeschrieben, und zwar auf der Grundlage eines jährlichen Gesamtansatzes im Bereich des *base discretionary total* in Höhe von 1,047 Mrd. USD, so wie es im Rahmen des *Budget Control Act (Public Law 112-25)* 2011 als Obergrenze für Haushaltsjahr 2013 in diesem Bereich festgelegt worden war.

Das entspricht einer durchschnittlichen Ausgabensteigerung von etwa 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr mit Ausnahme von Programmbereichen wie den Katastrophenhilfefonds (6,4 Mrd. USD) und die Ausgaben für den Krieg in Afghanistan (100 Mrd. USD), für die größere Zuwächse beschlossen wurden.

Unter das so genannte „discretionary spending“ fallen im amerikanischen Bundeshaushalt, der vom Congress jährlich bewilligt wird, jene Ausgaben, über welche die Legislative frei entscheiden kann. Ihnen stehen die so genannten „entitlements“ gegenüber, also Vorfestlegungen in Bereichen wie *Medicare*, *Medicaid* oder *Social Security*, beziehungsweise Schuldentilgung, die zwischenzeitlich etwa Zweidrittel des amerikanischen Bundeshaushaltes ausmachen.

Der Überbrückungshaushalt orientiert sich im Rahmen eines „base discretionary total“ in Höhe von 1.047 Mrd. USD an folgenden Ausgabenobergrenzen:

- 519,867 Mrd. USD für *Defense*, 40,114 Mrd. für *Homeland Security*, 42,313 Mrd. für *State/Foreign Operations*, 75,704 Mrd. für *Military Construction/Veterans Affairs*, 20,318 Mrd. für *Agriculture*, 50,422 Mrd. für *Commerce/Justice/Science*, 33,007 Mrd. für *Energy/Water*, 21,381 Mrd. für *Financial Services*, 30,239 Mrd. USD für *Interior/Environment*, 157,476 Mrd. für *Labor/Health and Human Services/ Education*,

51,830 Mrd. für *Transportation/Housing and Urban Development* sowie 4,329 Mrd. USD für den Haushaltstitel *Legislative Branch*.

Damit waren die zusätzlichen Haushaltskürzungen von 19 Mrd. USD im Bereich des „base discretionary total spending“ für 2013, auf die die Republikaner im Repräsentantenhaus ursprünglich mit Vehemenz gedrängt hatten, vom Tisch. Man kann das als Etappensieg der Demokraten werten, die sich gegen zusätzliche Kürzungen gewehrt hatten. Allerdings lässt sich die Entscheidung auch als ein Punktsieg für die Republikaner deuten, die auf weitere Kürzungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung (mit Ausnahme der Rüstungsausgaben) drängen und darauf hoffen, diese nach einem Sieg in den Novemberwahlen umsetzen zu können.

So oder so war die Entscheidung notwendig, um einer Schließung von Bundesbehörden aus dem Weg zu gehen und den Eindruck zu zerstreuen, dass der 112. Congress seine Arbeit im Zeichen des scharfen parteipolitischen Kräftemessens nicht richtig erledigt. „It is a necessary bill that ensures that the Congress is doing its job, even if this is not our preferred way of going about doing it“, so der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Repräsentantenhaus, Harold („Hal“) Rogers (R-Kentucky).

Im Senat versuchte der Republikaner Rand Paul (Kentucky), der der Tea Party-Bewegung nahe steht, die Verabschiedung des Überbrückungshaushalts an Kürzungen der Auslandshilfe für Pakistan, Ägypten und Libyen sowie alle jene Staaten zu koppeln, in denen diplomatische Einrichtungen der USA angegriffen bzw. bedroht würden (vgl. auch Punkt 1). Senator Paul scheiterte, weil ihm weder die Demokraten noch große Teile seiner eigenen Fraktion folgen mochten.

Dagegen verabschiedete der Senat mit überwältigender zwischenparteilicher Mehrheit (90:1 Stimmen) eine Resolution (*Senate Joint Resolution 41*), in der er sich für weiteren „diplomatischen und wirtschaftlichen Druck“ zur Verhinderung iranischer Atomwaffen ausspricht und einer reinen Eindämmungsstrategie eine Absage erteilt (vgl. CR 6-8/2012, S. 11 und Punkt 8).

Nachdem der 112. Congress eine Schließung von Teilen der amerikanischen Bundesbehörden durch die *Continuing Resolution* verhindert hat, steht ihm allerdings nach den Wahlen am 6. November in einer „lame duck session“ in den wenigen Wochen bis Weihnachten noch ein erhebliches Arbeitsprogramm bevor (vgl. Punkt 3), von dem bezweifelt werden kann, ob er es abarbeiten kann.

Im Zentrum wird dabei sicher der Umgang mit den im Rahmen des Budget Control Act 2011 verfügbaren automatischen Kürzungen (Sequester) in allen Haushaltsbereichen stehen, von denen die ersten im Januar 2013 (Umfang 109 Mrd. USD) greifen würden, sollten sich Republikaner und Demokraten vorher nicht auf eine Alternativlösung einigen.

Das Weißes Haus hatte im September 2012 einen Bericht („OMB Report Pursuant to the Sequestration Transparency Act of 2012“) vorgelegt, in dem das Haushaltsbüro des

Präsidenten davor warnt, dass automatische Kürzungen „would be deeply destructive to national security, domestic investments, and core government functions“ (http://www.whitehouse.gov/sites/default/files/omb/assets/legislative_reports/stareport.pdf). Auch unter Wirtschaftswissenschaftlern in den USA wird vor der Gefahr einer weiteren Rezession gewarnt, sollten die automatischen Haushaltskürzungen im Januar 2013 umgesetzt werden.

3. Debatte um drastische automatische Budgetkürzungen zum Jahresende

In dem Streit zwischen den Parteien um die zum Jahresende drohenden automatischen Budgetkürzungen von 109 Milliarden USD zeichnet sich ungeachtet der Beteuerungen beider Seiten, dass eine Nichteinigung unannehmbare Folgen für die Wirtschaft und die Sicherheit der USA hätte, weiterhin keine Einigung ab.

Die auch als *sequester* bezeichneten automatischen Kürzungen, die zu gleichen Teilen in zivilen und militärischen Ausgabenbereichen erfolgen sollen, sind 2011 mit dem Budget Control Act beschlossen worden (vgl. CR 7-9/2011, S. 1).

Im Zuge der Erhöhung der Obergrenze für die Bundesverschuldung hatten sich die Republikaner und Demokraten mit Präsident Obama auf die Einsetzung einer Kommission zur Reduzierung des Haushaltsdefizits geeinigt.

Um die politische Durchsetzbarkeit von Kürzungsvorschlägen in Höhe von 1,2 bis 1,5 Milliarden USD in einem Zeitraum von 10 Jahren zu erhöhen, sind für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen automatische lineare Einsparungen in allen Bereichen beschlossen worden.

Ausgenommen bleiben nur die Bundesrentenversicherung *Social Security*, die Bundeskrankenversicherung für Rentenbezieher und chronisch Kranke, *Medicare*, sowie Teile des Bund-Einzelstaaten-Programms für die Versicherung von einkommensschwachen Familien, *Medicaid*, und Sonderausgaben für Militäreinsätze und Naturkatastrophen.

Nachdem sich wider Erwarten das *Joint Select Committee on Deficit Reduction* Ende 2011 ergebnislos vertagte, treten Ende 2012 die Globalkürzungen in Kraft, wenn sich Congress und Präsident bis dahin nicht auf eine neue Lösung einigen können.

Beide Parteien setzen nun ihre Hoffnungen auf die *lame duck session* am Ende der Sitzungsperiode des 112. Congress nach den Wahlen Anfang November. Die Erwartung ist, dass nach dem Wahltag der Parteienstreit abflaut und damit die Chancen für einen Kompromiss deutlich besser sind.

Allerdings ist die Tagesordnung des Congress durch eine Vielzahl wichtiger Gesetzesvorhaben überladen, die durch die Politikblockade im Kontext der Präsidentschafts- und Congress-Wahlkämpfe auf das Jahresende vertagt worden sind.

Dazu gehören neben den Finanzbewilligungen für wichtige Ausgabenbereiche (siehe Punkt 2) vor allem die Verlängerungen auslaufender Steuervergünstigungen, das Landwirtschaftsgesetz (*Farm Bill*, siehe Punkt 4) und die Vergütungsverordnung für *Medicare*.

Außerdem sind bisher keine Bewegungen im Grabenkrieg zwischen Demokraten und Republikanern um Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen zu erkennen.

Während zumindest Präsident Obama ansatzweise Kompromissbereitschaft in der Frage langfristiger Kürzungen in Sozialprogrammen gezeigt hat, halten die Republikaner an ihrer Fundamentalopposition gegen Steuererhöhungen selbst für Spitzenverdiener fest.

Eine sich in Andeutungen abzeichnende Kompromisslösung, die Absenkungen der Steuersätze mit der Streichung von Steuervergünstigungen in der Art kombiniert, dass sich für den Bund Steuermehreinnahmen ergeben, liegt quer zu den Steuerreformplänen des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Mitt Romney.

Im Fall eines Wahlsiegs Mitt Romneys müssten entsprechend die Demokraten auf ganzer Linie nachgeben, wofür ihnen jedoch die politischen Anreize fehlen. Im Fall eines Wahlsiegs Barack Obamas müssten umgekehrt die Republikaner über ihren Schatten springen ohne hierfür konkrete Vorteile erwarten zu können.

Gleichwohl ist der Erwartungsdruck der Öffentlichkeit ebenso so hoch wie der potenzielle politische und wirtschaftliche Schaden einer Nichteinigung, so dass es sich eigentlich weder Demokraten noch Republikaner erlauben können, offen und mutwillig einen Kompromiss zu sabotieren.

4. Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes blockiert

Führende Vertreter der Republikaner und Demokraten im Repräsentantenhaus und Senat haben Mitte September 2012 ihre Versuche eingestellt, noch vor den Bundeswahlen Anfang November (siehe Punkt 9 und 10) eine Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes (*Farm Bill*) zur Abstimmung zu bringen.

Das Landwirtschaftsgesetz von 2008 ist Ende September ausgelaufen. Sollte es bis Ende 2012 nicht zu einer Einigung kommen, wird das gegenwärtig gültige System der Agrarsubventionen ausgesetzt und auf die Grundlage der Agrargesetzgebung der 1950er zurück gestellt, mit bisher kaum absehbaren Folgen für die amerikanische Agrarwirtschaft.

Hintergrund der Selbstblockade des Congress ungeachtet der Stärke der Agrar-Lobby sind weniger zwischenparteiliche Gegensätze als vielmehr der innerparteiliche Dissens in der republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses.

Inbesondere fiskalkonservative Republikaner wollen durchgreifende Kürzungen jener Sozialleistungen vornehmen, die durch das Agrargesetz geregelt werden. Teil der *Farm Bill* ist das *Supplemental Nutrition Assistance Program* (SNAP), früher als *food stamps program* bekannt, das einkommensschwachen Familien Beihilfen zum Kauf von Lebensmitteln bietet.

In der Folge der Wirtschaftskrise von 2008 sind die Ausgaben des Bundes für SNAP stark angestiegen, ca. 50 Millionen US Bürger sollen gegenwärtig Leistungen unter dem Programm erhalten. Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit lässt keinen schnellen Rückgang der Zahlen erwarten.

Die Koppelung von Agrarsubventionen und Lebensmittelbeihilfen stellt historisch einen Kompromiss zwischen Demokraten und Republikanern, städtischen und ländlichen Regionen dar, der explizit einen Interessenausgleich festschreibt. Dieser wird nun durch den hartnäckigen Widerstand des konservativen Flügels der Republikaner in Frage gestellt.

In der so genannten *lame duck session* des Congress nach den Novemberwahlen wollen die Führungen beide Parteien einen erneuten Anlauf zur Verabschiedung des Gesetzes unternehmen. Angesichts der Widerstände der konservativen Republikaner scheint allerdings auch ein Scheitern der Verhandlungen im 112. Congress nicht mehr ausgeschlossen.

5. Republikaner im Repräsentantenhaus kontern Steuer-Fairness-Debatte

Unter den Vorzeichen der näher rückenden Bundeswahlen Anfang November 2012 (siehe Punkt 9 und 10) hat das Repräsentantenhaus Ende September eine Gesetzesvorlage der Republikaner in nicht namentlicher Abstimmung verabschiedet, die es Steuerzahlern ermöglicht, freiwillige Sonderzahlungen zur Reduzierung der Bundesschuld an das Finanzamt zu leisten.

Die Republikaner stellten ihr offenkundiges Wahlkampfmanöver als Alternative zu den Forderungen der Demokraten nach größerer steuerpolitischer Fairness unter der so genannten „*Buffett Rule*“ vor.

Die im laufenden Wahljahr viel zitierte *Buffet Rule* geht auf Äußerungen des Multimilliardärs und Großinvestors Warren Buffett zurück, der ein langjähriger Unterstützer der Demokratischen Partei ist.

Buffett hatte in Fernsehinterviews und politischen Reden seit 2011 immer wieder darauf hingewiesen, dass er selbst einen geringeren Steuersatz zahlt als seine Sekretärin, und diesen Tatbestand unter Gesichtspunkten steuerpolitischer Fairness als nicht vertretbar charakterisiert.

Hintergrund dieser offensichtlichen Ungleichbehandlung von Normal- zu Spitzenverdienern sind die unterschiedlichen Steuersätze für Arbeitseinkommen im Vergleich zu Erträgen aus Finanzanlagen.

Im Präsidentschaftswahlkampf war das zuletzt im Kontext der Veröffentlichung der Steuererklärung des republikanischen Kandidaten Mitt Romney diskutiert worden, der auf seine millionenschweren Anlageerträge nur einen Steuersatz von ca. 14 Prozent zahlt. Allerdings weist die Steuererklärung auch Spenden an karitative Einrichtungen in Höhe mehrerer Millionen USD aus.

Die Demokraten fordern jedoch einen neuen Mindeststeuersatz für Einkommensmillionäre, der eine solche eklatant unfaire Besteuerung ausschließen soll.

Eine Gesetzesinitiative von Senator Chuck Schumer (D-New York), die breite Unterstützung in den Reihen der demokratischen Fraktionen im Congress genießt und auch von Präsident Barack Obama befürwortet wird, würde den Mindeststeuersatz bei 30 Prozent ansetzen.

Mit ihrem Vorstoß bekräftigen die Republikaner im Congress jedoch, dass sie jede Art der Erhöhung der Steuersätze, gleich unter welchen Vorzeichen, kategorisch ablehnen.

Mit ihrer Initiative im Kontext des laufenden Wahlkampfes demonstrieren sie außerdem ihre Überzeugung, dass sie ihre Position auch gegenüber der Öffentlichkeit offensiv behaupten wollen.

Über die Wahlen Anfang November hinaus versuchen sie damit ihre strikte Ablehnung von Steuererhöhungen für die obersten Einkommensgruppen festzuschreiben und mit Blick auf die anstehenden Beratungen über die Reduzierung des Budgetdefizits (siehe Punkt 3) für nicht verhandelbar zu erklären.

6. Verlängerung von Zusätzen zum *Foreign Intelligence Surveillance Act* vom Repräsentantenhaus befürwortet

Das Repräsentantenhaus hat sich am 12. September 2012 mit 301:118 Stimmen für eine Verlängerung von Titel VII des *Foreign Intelligence Surveillance Act* (FISA) bis zum Jahr 2017 ausgesprochen. Dieser war im Rahmen des „FISA Amendment Act“ (FAA) im Jahr 2008 vom Congress verabschiedet worden (*Public Law 110-261*) und läuft am 31. Dezember 2012 aus, wenn er vom Gesetzgeber nicht entsprechend verlängert wird.

Der FAA

- erlaubt es den amerikanischen Nachrichtendiensten Zielpersonen im Ausland und deren Kommunikation mit amerikanischen Staatsbürgern *ohne* vorherige individuelle richterliche Anordnung zu überwachen.

Während sich die Obama-Administration für die Verlängerung des FAA ausgesprochen hat, stimmten 111 von 185 Demokraten im Repräsentantenhaus gegen den *FAA Sunsets Extension Act of 2012* (House Resolution 5949). In der republikanischen Mehrheitsfraktion war die Ablehnung deutlich geringer. Hier stimmten nur sieben Fraktionsmitglieder gegen die Verlängerung der Zusätze zum FISA.

Der Vorsitzende des *House Select Intelligence Committee*, der Republikaner Mike Rogers (Michigan), begrüßte die Entscheidung des Repräsentantenhauses und bezeichnete die „sunset extensions“ des FAA als „critical intelligence collection tool“.

Die Verlängerung des FAA bis 2017 stößt bei Bürgerrechtsorganisationen auf heftige Kritik. So forderte die *American Civil Liberties Union* (ACLU) die Mitglieder des Repräsentantenhauses auf, gegen die Verlängerung des FAA zu stimmen. Die ACLU verlangt, dass die Überwachungsaktivitäten der amerikanischen Nachrichtendienste eingeschränkt werden und möchte, dass der Congress seine Kontrollfunktion in diesem Bereich wesentlich stärker wahrnimmt als bisher. Alles andere laufe einer freien Gesellschaft diametral entgegen.

Im Senat ist ebenfalls eine Verlängerung des FAA bis zum Jahr 2017 anhängig (S 3276). Sie soll nach dem Willen der Vorsitzenden des *Senate Select Intelligence Committee*, der Demokratin Dianne Feinstein (California), nach den Novemberwahlen (vgl. Punkt 9 und Punkt 10) in der so genannten „lame duck session“ (vgl. Punkt 3) des 112. Congress verabschiedet werden. Der Geheimdienstausschuss des Senats hatte sich dafür bereits Ende Mai mit 13:2 Stimmen ausgesprochen.

Zur Begründung heißt es im Bericht des Geheimdienstausschusses (Senate Report 112-174; <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/cpquery/R?cp112:FLD010:@1%28sr174%29>;) auf Seite 8:

„Section 702 (of FISA, die Redaktion) is narrowly tailored to ensure that it may only be used to target non-U.S. persons located abroad. For example, Section 702 includes specific provisions on targeting U.S. persons or persons inside the United States and engaging in so-called ‘reverse targeting’ (i.e, targeting a non-U.S. person abroad in order to obtain their communications with a person inside the United States)“.

Kritiker wie Senator Ron Wyden (D-Oregon), selbst Mitglied des *Senate Select Intelligence Committee*, sehen das allerdings anders. So heißt es auf Seite 10 des *Senate Report*: „We are particularly concerned about a loophole in the law that could allow the government to effectively conduct warrantless searches for Americans’ communications. Since we do not know how many Americans have had their phone calls and emails collected under this law, we believe that it is particularly important to have strong rules in place to protect the privacy of these Americans. We are disappointed that this bill does not attempt to add these protections.“

Wenig später findet sich auf Seite 11 des Berichts folgende Minderheitseinschätzung:

“Since all of the communications collected by the government under section 702 are collected without individual warrants, we believe that there should be clear rules prohibiting the government from searching through these communications in an effort to find the phone calls or emails of a particular American, unless the government has obtained a warrant or emergency authorization permitting surveillance of that American.”

Senator Wyden hatte den *Director of National Intelligence* im Zusammenhang mit dem *FAA Sunset Extensions Act of 2012* aufgefordert Zahlen über die bisher überwachten Amerikaner zu nennen, nur um darauf verwiesen zu werden, dass diese Informationen der Geheimhaltung unterliegen.

7. Normalisierung der Handelsbeziehungen zu Russland stockt

Der Congress hat die permanente Normalisierung der Handelsbeziehungen („Permanent Normal Trade Relations“, PNTR) zu Russland bisher nicht vollzogen, obwohl das Land am 22. August 2012 nach 18 Jahre langen Verhandlungen Mitglied der Welthandelsorganisation WTO geworden ist und die amerikanische Legislative PNTR mit Russland bis zu diesem Zeitpunkt eigentlich beschlossen haben wollte (vgl. CR 6-8/2012, S. 14).

Dazu bedarf es der Annullierung des so genannten Jackson-Vanik Zusatzes zum Handelsgesetz von 1974, mit dem der Congress den Ost-West-Handel mit der damaligen Sowjetunion und allen anderen kommunistischen Staatshandelsländern an die Emigrationsfreiheit knüpfte, was insbesondere jüdischen Bürgern die Ausreise aus der Sowjetunion erleichtern sollte.

Das Gesetz (19 USC § 2432) trat im Januar 1975 in Kraft und konnte vom amerikanischen Präsidenten mit Zustimmung der Legislative für einen Zeitraum von jeweils 12 Monaten außer Kraft gesetzt werden, was amerikanische Präsidenten auch mit Blick auf Russland seit 1992 (also nach der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 1991) immer wieder getan haben.

Präsident Obama drängt auf PNTR mit Russland, weil die amerikanischen Exporte nach Russland nach Angaben des U.S. Department of Commerce zwischen 2000 und 2008 von 2,1 auf 9,3 Mrd. USD pro Jahr angestiegen sind. Im Zuge der Finanzkrise 2008 waren die Ausfuhren der USA nach Russland zwar eingebrochen und mit 5,4 Mrd. USD 2009 stark rückläufig, sind aber im Jahr 2011 wieder auf 8,4 Mrd. USD gewachsen. Im Zuge der permanenten Normalisierung der Handelsbeziehungen wird mit einem perspektivisch sehr starken Anstieg der amerikanischen Exporte nach Russland gerechnet, nicht nur im Bereich landwirtschaftlicher Produkte, sondern vor allem auch im Chemiesektor, bei Agrarmaschinen, in der Automobilindustrie, im Flugzeugbau und bei Medizinprodukten.

Die *National Association of Manufacturers* (NAM), der Dachverband der amerikanischen herstellenden Industrie, fordert eine zügige Normalisierung der Handelsbezie-

hungen zu Russland durch den Congress. Anderenfalls seien massive Wettbewerbsnachteile im etwa 300 Mrd. USD umfassenden Exportmarkt nach Russland zu befürchten. Die NAM weist darauf hin, dass Russland bis zum Jahr 2015 der weltweit sechstgrößte Markt für Autos sein wird. Laut NAM wird Russland in den nächsten 20 Jahren mehr als 1000 neue Passagierflugzeuge benötigen und etwa 70 Prozent seiner landwirtschaftlichen Maschinen zu ersetzen haben.

Kritiker im Congress verweisen auf die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Russland und wollen die permanente Normalisierung der Handelsbeziehungen mit dem so genannten „Sergey Magnitzky Rule of Law Accountability Act“ (S 1039) verknüpft sehen. Magnitzky war ein russischer Anwalt, der im Rahmen seines Kampfes für die Menschenrechte 2009 in russischer Untersuchungshaft unter ungeklärten Umständen ums Leben kam.

Der „Magnitzky Act“, der mittlerweile 39 Unterstützer im Senat hat, würde jenen Personen die Einreise in die USA untersagen und deren Vermögen in den USA einfrieren, die verantwortlich sind für „extrajudicial killings, torture, or other human rights violations committed against individuals seeking to promote human rights or to expose illegal activity carried out by officials of the government of the Russian Federation“, wie es in der Gesetzesvorlage heißt.

Kritiker Russlands im Congress verweisen auch auf die ungebrochene Unterstützung der Regierung Russlands von Präsident Assad in Syrien, wo in einem immer weiter eskalierenden Bürgerkrieg mittlerweile bis zu 30.000 Zivilisten ums Leben gekommen sind und der Konflikt über die Grenzen des Landes hinaus zu eskalieren droht.

8. Umgang mit den nuklearen Ambitionen des Iran weiterhin oben auf der Agenda des Senats

Im Rahmen der Diskussion über den Überbrückungshaushalt (vgl. Punkt 2) hat sich der Senat Ende September 2012 erneut mit dem Nuklearprogramm des Iran auseinandergesetzt (vgl. CR 6-8/2012, S. 11) und mit überwältigender überparteilicher Mehrheit von 90:1 Stimmen eine Resolution dazu verabschiedet (*Senate Joint Resolution 41*).

Sie wurde von Senator Lindsay Graham (R-South Carolina) initiiert und fand die Unterstützung von 49 Demokraten, 2 Unabhängigen und 39 Republikanern. Einzig der Republikaner Rand Paul (Kentucky) stimmte gegen die Resolution, die den Titel „Expressing the sense of Congress regarding the nuclear program of the Government of the Islamic Republic of Iran“ trägt.

In der Resolution

- warnt der Senat davor, dass die Zeit begrenzt ist, um den Iran von einer Nuklearwaffenfähigkeit abzuhalten;

- zitiert der Senat Präsident Obama, der im Januar 2012 noch einmal unterstrichen hat: „America is determined to prevent Iran from getting a nuclear weapon, and I will take no options off the table to achieve that goal“;
- schließt sich der Senat dem Präsidenten an “in ruling out any policy that would rely on containment as an option in response to the Iran nuclear threat”.

Allerdings macht der Senat in Abschnitt 2 seiner Resolution auch deutlich, dass nichts in der Resolution als eine Ermächtigungsresolution für den Einsatz militärischer Gewalt oder als eine Kriegserklärung zu verstehen ist. Der Senat will also keinen Blankoscheck für einen Präventivkrieg gegen den Iran ausstellen. Dennoch ist die politische Signalwirkung der Resolution in der Debatte um das Atomwaffenprogramm des Iran unübersehbar, denn eine Politik der reinen Eindämmung eines atomwaffenfähigen Iran wird von der Kammer ausdrücklich ausgeschlossen.

Das Wilson Center hat in diesem Zusammenhang im September 2012 einen 56 Seiten umfassenden Bericht des „Iran Project“ mit dem Titel: „Weighing Benefits and Cost of Military Action Against Iran“ veröffentlicht. Er wurde von einer überparteilichen Gruppe von hochrangigen Sicherheitsexperten und früheren Regierungsmitgliedern verfasst, darunter u.a. Zbigniew Brzezinski, Lee Hamilton, Chuck Hagel, Nikolas Burns, William P. Fallon, Sam Nunn, Ann-Marie Slaughter und Lawrence P. Wilkerson (http://www.wilsoncenter.org/sites/default/files/IranReport_091112_FINAL.pdf).

Ziel des Papiers, so die Autorinnen und Autoren, ist es, eine klare Grundlage für die amerikanischen Überlegungen zu einem möglichen präventiven Einsatz militärischer Gewalt gegen den Iran zu schaffen.

„In our judgement“, heißt es auf Seite 9, „that objective (of military action against Iran, die Reaktion), is unlikely to be achieved through a military action that relies on aerial strikes supplemented by cyber attacks, covert operations, and perhaps special operations forces“.

Zwar könnten die wichtigsten Nuklearanlagen im Iran vorübergehend ausgeschaltet werden (mit Ausnahme der unterirdischen Anreicherungsanlage in Fordow). Dies würde das iranische Atomwaffenprogramm allerdings nur um maximal vier Jahre verzögern.

„Even in order to fulfill the stated objective of ensuring that Iran never acquires a nuclear bomb“, so der Bericht, “the U.S. would need to conduct a significantly expanded air and sea war over a prolonged period of time, likely several years” (S. 9/10).

Auch mit Blick auf das in den USA diskutierte Thema eines gewaltsamen “regime change” im Iran kommt das Expertenteam zu einer ernüchternden Einschätzung: „If the U.S. decided to seek a more ambitious objective, such as regime change in Iran or undermining Iran’s influence in the region“, so die Einschätzung der Fachleute, unter den sich auch ehemalige hochrangige Militärs befinden, „then an even greater

commitment of force would be required to occupy all or a part of the country". In Fußnote 14 des Berichts heißt es in diesem Zusammenhang; "An occupation of Iran would require about 1 million U.S. and other foreign troops over an extended period of time" (S. 50).

Die Kosten eines militärischen Vorgehens würden in einem solchen Kontext nach Einschätzung der Fachleute die bisherigen Kosten für die militärischen Interventionen im Irak (2003-2011) und in Afghanistan (seit 2001), die mehr als eine Billion USD an direkten Kriegskosten verschlungen haben, übersteigen.

Ein präventives militärisches Vorgehen Israels gegen das iranische Atomwaffenprogramm könnte, so der Bericht, Irans nukleare Ambitionen nicht länger als zwei Jahre hinausschieben. Die Gefahr einer regionalen Eskalation und die globalen Kosten iranischer Vergeltungsmaßnahmen seien zudem schwer zu kalkulieren und könnten die „globale Solidarität gegen das iranische Nuklearprogramm“ empfindlich schwächen.

9. Ausblick: Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat 2012

Die Wahlen zum Repräsentantenhaus und zum Senat am 6. November 2012 stehen im Schatten der zeitgleichen Präsidentschaftswahlen, die die laufende Berichterstattung der Medien auf allen Ebenen dominieren (siehe Punkt 10).

Mit den Mehrheiten in den beiden Kammern geht es für Demokraten und Republikaner in den Wahlen zum Congress um entscheidende Machtanteile in der Bundespolitik, ganz unabhängig vom Ausgang der Entscheidung über die Präsidentschaft.

Übersicht: Sitzverteilung im 112. Congress (Stand: Ende Oktober 2012)

	Demokraten	Republikaner
Repräsentantenhaus*	190	240
Senat	51**	47

* 5 Sitze vakant

** plus 2 unabhängige Senatoren, die sich der demokratischen Fraktion angeschlossen haben

Im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner derzeit über eine komfortable Mehrheit von 240 Sitzen gegenüber 190 Demokraten (bei 5 Vakanzen, siehe Übersicht). Die demokratische Partei benötigt damit einen Zugewinn von mindestens 28 Sitzen, um die 2010 verlorene Mehrheit wieder zu erlangen.

Nach historischen Erfahrungswerten ist dies keine allzu hohe Hürde. Doch im laufenden Wahljahr fehlen ganz offensichtlich die nationalen Stimmungstrends, die einen solchen Mehrheitswechsel herbeiführen könnten (siehe Punkt 10).

Nach Meinungsumfragen und Einschätzungen von Wahlbeobachtern haben die Republikaner gegenwärtig in fast 230 Distrikten gute bis sehr gute Siegchancen, die Demokraten dagegen nur in knapp 180 Wahlkreisen.

Selbst wenn die Demokraten sich in allen umkämpften Wahlkreisen durchsetzen könnten, würden sie die Mehrheit (218 Sitze) deutlich verfehlen.

Damit scheint für das Repräsentantenhaus die einzig verbleibende Frage, welche der Parteien in kleinerem Umfang Zugewinne verbuchen kann.

Der (unsichere) Ausgang der Präsidentschaftswahlen kann mit der politischen Sogkraft der Spitzenkandidaten (*presidential coattails*) hier eine ebenso entscheidende Rolle spielen wie kaum überschaubare lokalen Sonderfaktoren wie zum Beispiel die wahrgenommene Erfahrung der einzelnen Kandidaten oder deren finanzielle Ausstattung im Wahlkampf.

Deutlich spannender präsentiert sich im Vergleich zum Repräsentantenhaus die Lage im Senat.

Die Demokraten verfügen mit Hilfe von zwei parteiunabhängigen Senatoren, Bernie Sanders (Vermont) und Joe Lieberman (Connecticut), die sich der demokratischen Fraktion angeschlossen haben, über eine Mehrheit von 53 Sitzen gegenüber 47 Sitzen für die Republikaner.

Entsprechend benötigen die Republikaner einen Zugewinn von 4 Sitzen, um eine Mehrheit der Sitze im Senat zu erlangen.

Aufgrund der sechsjährigen Amtszeiten der Senatoren und der Aufspaltung der Senatssitze in drei „Wahlklassen“ stehen alle zwei Jahre nur etwa ein Drittel der Sitze zur Wahl an. Im laufenden Wahlzyklus sind es 33 Senatorensitze.

Von Vorteil für die Republikanische Partei ist 2012 insbesondere, dass von den 33 zur Wahl stehenden Sitzen 23 von den Demokraten gehalten werden und nur 10 von Republikanern. Dies eröffnet zumindest rechnerisch größere Zugewinnchancen für die gegenwärtige Minderheit.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die schleppende Wirtschaftserholung, die in vergleichsweise schlechten Noten für die von den Demokraten geführte Administration resultiert, haben sich die Republikaner noch zu Beginn des Wahljahres große Hoffnungen auf einen Mehrheitswechsel im Senat gemacht.

Während sich die politische Stimmungslage 2012 auf nationaler Ebene jedoch kaum aufgehellt hat, konterkarieren eine Reihe von Sonderentwicklungen den erwarteten Trend zugunsten der Republikaner.

Zum einen hat die Abtrittswelle von langjährigen Senatsveteranen im 112. Congress die Republikaner ebenso getroffen wie die Demokraten. Das beste Beispiel ist der Rückzug der gemäßigten Republikanerin Olympia Snowe, deren Sitz in dem linksliberal tendierenden Staat Maine nun mit hoher Wahrscheinlichkeit an einen Demokraten fällt.

Zum anderen hat die Mobilisierung von extrem konservativen Teilen der republikanischen Parteibasis im Umfeld der Wahlen von 2010 (Tea Party Movement) den Trend zur Nominierung von Kandidaten vom ideologischen Rand der Partei verstärkt, die in den Senatswahlen weniger durchsetzungsstark sind.

Beispielsweise galt die demokratische Senatorin Claire McCaskill in Missouri aufgrund ihrer Nähe zur Obama-Administration als politisch höchst verwundbar. Doch die Nominierung des republikanischen Abgeordneten Todd Akin, der sich mit einer harten konservativen Ausrichtung durchsetzte, hat die Aussichten der Republikaner auf einen Sieg dramatisch verschlechtert.

Im Oktober erklärte Akin in einem Interview mit einem lokalen Fernsehsender zur Frage des Abtreibungsrechts, dass er Abtreibungen aus religiösen Gründen strikt ablehne und auch gegen Ausnahmen bei Schwangerschaften in Folge von Vergewaltigungen sei. Akin vertrat die Ansicht, dass bei „echten Vergewaltigungen“ („legitimate rape“) der Körper der Frauen ohnehin in aller Regel den Eintritt einer Schwangerschaft biologisch verhindern würde.

Mit diesen skandalösen Thesen machte sich Akin selbst für die Republikanische Partei untragbar. Den Aufforderungen von Seiten der Partei, von der Kandidatur zurückzutreten, kam Akin jedoch nicht nach. Nach jüngsten Umfragen führt McCaskill nun in der Wählergunst.

Darüber hinaus müssen ungeachtet des für die Demokraten auf nationaler Ebene eher negativen Politikklimas die Republikaner in den Einzelstaaten mitunter mit hartem Gegenwind kämpfen. So sieht sich der populäre Senator Scott Brown (R) ungeachtet seiner zentristischen Orientierung in dem ebenfalls eher linksliberal tendierenden Masachusetts mit einer ernsten Herausforderung durch Elizabeth Warren (D) konfrontiert.

In der Gesamtbetrachtung stehen 37 republikanische Senatoren 2012 nicht zur Wahl, fünf weitere Senatssitze gelten als sicher für die Republikaner, zwei weitere als wahrscheinlich. Nimmt man diese 44 Sitze als Ausgangsbasis, müssten die Republikaner sieben der neun als umkämpft geltenden Senatssitze („toss ups“) gewinnen, um eine Mehrheit von 51 Sitzen zu erreichen. Den Demokraten würden hingegen 5 Siege in den umkämpften Staaten genügen.

Aufgrund der relativ spärlichen Informationen zu den Senatskampagnen und den mit großer Unsicherheit behafteten Meinungsumfragen wagen selbst langjährige Beobachter kaum definitive Prognosen.

An der Politikbörse Intrade wird die Chance auf eine demokratische Mehrheit aktuell mit 67,5 Prozent gehandelt, die Chance auf eine republikanische Mehrheit mit knapp 20 Prozent. Nate Silver, der „Politik-Statistik-Guru“ der New York Times, beziffert die Chancen der Demokraten auf einen Mehrheitserhalt sogar auf knapp über 90 Prozent.

Entsprechend ist die Zuversicht der Demokraten, ihre Mehrheit im Senat verteidigen zu können, während des Sommers merklich gewachsen.

Während damit die Senatswahlen mit Blick auf einen Mehrheitswechsel spannend bleiben, zeichnen sich unterschiedliche Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat als realistische, wenn nicht gar wahrscheinlichste Variante ab.

Tritt dies so ein, wäre die Folge die Fortsetzung von *Divided Government*, also einer Teilung der Macht zwischen den Parteien auf nationaler Ebene, ganz unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahlen.

10. Präsidentschaftswahlen: Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Obama und Romney

Der Wahlkampf zwischen Präsident Barack Obama (D) und Gouverneur Mitt Romney (R) hat sich im Oktober 2012 zu einem harten Kopf-an-Kopf-Rennen entwickelt, in dem keiner der beiden Kandidaten einen greifbaren Vorsprung aufweisen kann.

Den Beginn des Hauptwahlkampfes markierten die Nominierungsparteitage der Republikaner und Demokraten Ende August und Anfang September, die mit der Kandidatenkür formell den Vorwahlkampf abschlossen.

Einen ersten Höhepunkt bildete der Parteitag der Demokraten in Charlotte (N.C.), der nach fast einhelliger Meinung der Beobachter und Kommentatoren mit einer gelungenen Inszenierung die republikanische Politshow übertrumpfte.

Neben der Rede der Präsidentengattin Michelle Obama sorgte insbesondere der Beitrag des früheren Präsidenten Bill Clinton für nationale Schlagzeilen.

Clinton rief die dramatische Wirtschaftskrise von 2008 in Erinnerung und warb für mehr Zeit, um die Folgen vollständig bewältigen zu können. Den Republikanern warf er vor, mit der Rückkehr zu alten Rezepten keine Alternative bieten zu können.

Barack Obama ging aus dieser Eröffnungsrunde als klarer Punktsieger hervor und konnte sich in den nationalen Meinungsumfragen ungeachtet der immer noch großen

Unzufriedenheit über die schleppende Wirtschaftserholung mehrere Prozente vor Mitt Romney positionieren.

Romneys Kampagne schien durch den harten Vorwahlkampf inhaltlich, organisatorisch wie finanziell angeschlagen und die ausbleibende Umstellung auf den Hauptwahlkampf rief schnell die innerparteilichen Kritiker auf den Plan.

Doch mit den offiziellen Debatten zwischen beiden Kontrahenten im Oktober wendete sich das Blatt nachhaltig.

Vor allem in der ersten Debatte Anfang Oktober präsentierte sich Romney konzentriert, schlagkräftig und zielstrebig, während Präsident Obama zurückhaltend, defensiv und teilweise lustlos erschien.

Neben den viel diskutierten Stilfragen des Auftritts der beiden Bewerber lag das Augenmerk aber auf der zu diesem Zeitpunkt überraschenden Hinwendung Romneys zur politischen Mitte, auf die Obama, der sich als über dem Partei-Hickhack stehender Präsident zeigen wollte, inhaltlich nicht vorbereitet war.

Beispielsweise versprach Romney vor nationalem Publikum, für die obersten Einkommensgruppen werde es Netto keine Steuererleichterungen geben; diese wolle er vielmehr auf die mittleren Einkommensgruppen konzentrieren. Darüber hinaus solle seine Steuerreform zwar deutliche Entlastungen bringen, aber in keinem Fall zur Erhöhung des Haushaltsdefizits führen.

Gegenüber Romneys Manövern verblassten Obamas Einwände, die auf die bisherigen Positionen Romneys und die Glaubwürdigkeitsprobleme in der Finanzierung verwiesen.

Ähnlich offensiv wandte sich Romney dem Streitthema der „*social issues*“ zu, in dem er in einem begleitenden Fernsehinterview erklärte, Einschränkungen des Rechts auf Abtreibung ständen nicht auf seiner gesetzgeberischen Agenda.

In der Außenpolitik schließlich warf Romney dem Präsidenten zwar Führungsschwäche vor, rückte aber in zentralen Punkten von seinen Hardliner-Positionen zu Afghanistan, Irak und Iran ab und beteuerte, dass er die aktuelle Politik des Präsidenten in weiten Teilen unterstütze.

So heftig Präsident Obama und die Demokraten gegen die überraschend anmutenden Positionswechsel protestierten, gab der Publikumserfolg Romney Recht. In den nationalen Meinungsumfragen schloss Romney die Lücke schnell und überflügelte Obama teilweise sogar.

Selbst überzeugende Auftritte Obamas in der zweiten und dritten Fernsehdebatte konnten an der grundlegend veränderten Situation nichts mehr ändern, wenngleich sie die verstimmte demokratische Parteibasis sichtlich beruhigten.

Angesichts des politischen Patts in der Endphase des Wahlkampfes kommt dem so genannten „ground game“, der Organisation vor Ort, welche die Wähler in den heiß umkämpften Einzelstaaten („battleground states“) mobilisieren und zur Stimmabgabe motivieren soll, eine Schlüsselrolle zu.

Da der Präsident in den USA über das *electoral college*, das sich aus Wahlmänner und -frauen („*electors*“) zusammensetzt, die separat für jeden Einzelstaat bestimmt werden, gewählt wird, entscheidet nicht die nationale Gesamtstimmenzahl, sondern die Addition der *electors* der einzelnen Bundesstaaten über den Ausgang der Wahl („*winner takes all*“).

Zu den wichtigsten *battleground states* gehören an der Ostküste insbesondere Florida, North Carolina und Virginia, im Mittelwesten Ohio, Michigan, Wisconsin und Iowa und im Westen (*Great Plains/Rocky Mountain States*) Nevada und Colorado.

Während Romney Erfolge in den Südstaaten der Ostküste verbuchen kann, scheint der Präsident im Mittelwesten leichte Vorteile zu genießen. Beide Seiten beteuern ihre großen Erfolge in der Vorort-Organisation in den Einzelstaaten, in denen die Wahl aller Voraussicht nach entschieden wird.

Gewissheit über den Wahlausgang wird es wahrscheinlich erst nach den Auszählungen im Mittelwesten geben. Die Westküsten-Staaten gelten als zuverlässig demokratisch, die übrigen Staaten des Westens als zuverlässig republikanisch, so dass die ersten Ergebnisse dort vermutlich nicht abgewartet werden, bevor die großen Medienanstalten den Sieger verkünden werden.

Aktuelle Neuerscheinungen zur amerikanischen Politik:

Florian Böller/Jürgen Wilzewski (Hrsg.): Weltmacht im Wandel. Die USA in der Ära Obama, Trier: WVT 2012, 318 S.

Nähere Angaben unter:

<http://www.atlantische-akademie.de/band36weltmachtimwandel>

Jochen Hils/Jürgen Wilzewski/Reinhard Wolf (Hrsg.): Assertive Multilateralism and Preventive War. Die Außen- und Weltordnungspolitik der USA von Clinton zu Obama aus theoretischer Sicht, Baden-Baden: Nomos 2012, 388 S.

Nähere Angaben unter:

<http://www.nomos-shop.de/Hils-Wilzewski-Wolf-Assertive-Multilateralism-Preventive/productview.aspx?product=14536>



Congress Report, ISSN 0935-7246

Redaktion
Dr. Söhnke Schreyer
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

Beirat
Prof. Dr. Ernst-Otto Czempel

Druck
Technische Universität Kaiserslautern
Postfach 3049
D-67653 Kaiserslautern

<http://www.uni-kl.de/politik/>